

Volksinitiative (VI) „Schule in Freiheit“

Stellungnahme zur Anhörung am 01.12.12



Mehr als 38.000 Menschen haben mit Ihrer Unterschrift Ihr Interesse an unserem Bildungssystem zum Ausdruck gebracht! Und es hat nicht mal sechs Monate gebraucht, um fast die doppelte Anzahl an Unterschriften zu sammeln – also in weniger als der Hälfte des zur Verfügung stehenden Zeitraums!

Die UnterzeichnerInnen haben uns heute den Auftrag gegeben, für gute Bildung in Brandenburg zu sorgen und eine Neuausrichtung für das zukünftige Bildungswesen zu erreichen. Der Paritätische Brandenburg kritisiert daher die Vorgehensweise der Landesregierung bezüglich der Terminsetzung für die Anhörung zur Volksinitiative. Im Rahmen der VI stehen nicht allein Finanzierungsfragen im Mittelpunkt. Die zentralen Themen und Forderungen sind nicht elementarer Bestandteil des aktuellen Haushaltsbegleitgesetzes. Es wäre daher zwingend erforderlich gewesen, diese Anhörung von der aktuellen Debatte zu trennen. Die Zielsetzung der Volksinitiative ist weitreichender und fordert die Landesregierung auf, den bisherigen Kurs in der Bildungspolitik zu Gunsten eines zukunftsfähigen Bildungssystems für alle Kinder in Brandenburg zu beenden. Die Volksinitiative ist keineswegs auf die Belange der freien Schulen verkürzt und gelten für das gesamte Schulwesen.

Bildung ist Zukunft!

Bildung ist die Grundlage für eine erfolgreiche, selbst bestimmte, zielgerichtete und umfassende Lebensgestaltung und muss die optimale Ausbildung der individuellen Anlagen jeder Persönlichkeit im Blick behalten. Bildung ist von zentraler Bedeutung für den Einzelnen und für die Gesellschaft als Ganzes. Bildung ist in Brandenburg bereits heute - und zukünftig noch stärker - von existenzieller Bedeutung! Es ist die Ressource, die zwischen den Ohren wächst!

Bildung ist Armutsprävention

- Bildungsarmut nur eine Form von Armut
- Lebenslagenbericht 2008/2009 macht deutlich darauf aufmerksam und hat Forderungen zur Verbesserungen im Bildungsbereich formuliert!

Brandenburg im Vergleich

Mehr und mehr Studien, Evaluation und Ländervergleiche machen deutlich, dass Brandenburg Handlungsbedarf hat! McKinsey sprach schon vor Jahren von einer Bildungsrendite in Höhe von 12%, sofern Investitionen in das Bildungssystem fließen. Wenn McKinsey mit seiner Aussage für Investitionen noch „werben“ wollte, liegen in der Zwischenzeit neben PISA und OECD auch Berichte, z.B. von Bertelsmann, vor, die belegen, dass das Brandenburgische Bildungssystem maximal untere Durchschnittswerte erreicht. Im OECD-Vergleich landet das Brandenburgische Schulwesen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit auf einem hinteren Platz. Der Bildungsatlas¹, veröffentlicht von der Bertelsmann Stiftung am 21. November 2011, zeigt darüber hinaus sehr deutlich, dass die aktuellen Bildungs- und Lernbedingungen für Kinder in Brandenburg am untersten Ende liegen.

Der Paritätische ist gegen jede Form der Kürzung!

Mit der Brandenburgischen Bildungspolitik werden derzeit und auch zukünftig soziale Ungleichheiten zementiert.

Darüber hinaus stehen wir in unserem Land vor großen Herausforderungen. Es gilt die Inklusive Schule auf den Weg zu bringen. Wir möchten die Landesregierung daran erinnern, dass der inklusive Gedanke nicht allein auf die Behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen zielt. Es gilt vielmehr jedem Menschen die optimale Förderung zukommen zu lassen. Damit auch jedem Kind in Brandenburg!

Die von der Landesregierung geplanten Kürzungen, darauf möchten wir kurz aufmerksam machen, sind ein Schritt in die falsche Richtung! Nach den Erfahrungen des Paritätischen sind gerade hier die freien Schulen ein Vorbild für unser Bildungssystem. Freie Schulen sind mit ihren innovativen Konzepten Impulsgeber für die gesamte Schullandschaft. Sie fördern oft besser als andere, nicht selten in einem guten Zusammenwirken mit freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, die individuelle Entwicklung jedes Kindes. Erst dadurch wird kein Kind zurückgelassen und sichert sowohl die Zukunft des Individuums als auch der Gesellschaft. Darüber hinaus sind die geplanten Kürzungen ein Schlag ins Gesicht für alle engagierten Eltern an freien Schulen und an das dahinterliegende bürgerschaftliche Engagement.

Individuelle Lernmöglichkeiten verbessern!

Kein Kind darf zurückgelassen werden. Es gilt eine Bildungsphilosophie zu etablieren, die vom Kind ausgeht und Fachkräfte, ErzieherInnen, LehrerInnen und SozialpädagogInnen, als BegleiterInnen und UnterstützerInnen des Kindes begreifen. Das Ziel hierbei ist, die optimale Förderung eines jeden Kindes sicherzustellen. Im Zusammenwirken mit allen Beteiligten und über alle Schranken von Verantwortlichkeit und Zuständigkeit hinweg!

¹ Siehe Spiegel 47/2011

Dabei sind anschlussfähige Bildungskonzepte, die ein Höchstmaß an Durchlässigkeit bereithalten, unabdingbare Voraussetzung. Aspekte und Faktoren, die derzeit den gegenteiligen Kurs belegen:

- Schulabbrecher (Quote bei 10%)
- Klassenwiederholungen
- Einbahnstraßen im Bereich Oberschule, wenn keine 2. Fremdsprache im Sek I Bereich angeboten wird

Im Zusammenhang mit der ganzheitlichen Bildungsverantwortung sieht der Paritätische Brandenburg die Notwendigkeit des Ausbaus kommunaler Bildungslandschaften. Bereits seit 2005 ist über den Kinder- und Jugendhilfebericht die Notwendigkeit der kommunalen Bildungslandschaften als eine Forderung in den politischen Raum getragen worden.

Outputsteuerung im Schulwesen

Ergänzend möchte wir noch einmal auf die von Herrn Prof. Dr. Henning Schluß auf der Anhörung am 20. Oktober 2011 vorgetragene Kernpunkte aufmerksam machen. Der Mehrwert eines veränderten Bildungssystems - im Sinne der Outputsteuerung - muss ganzheitlich bewertet werden und misst sich im Kern an der Frage: „WIE die Schulen die vorgegebenen (Bildungs)Ziele erreichen. Die veränderte Steuerung setzt auf Kreativität, das Engagement und die jeweiligen Potenziale vor Ort und reglementieren nur sehr wenig über die Vorgabe von Inputs.“ Dabei gilt es einen Übergangsprozess zu gestalten. „Deutlich ist jedoch, dass alte und neue Steuerung sich nicht einfach addieren können, weil sonst die Schule in der Regelungs- und Kontrollflut erstickt. Vielmehr muss die neue die alte ablösen, bzw. die Inputsteuerung muss auf ein Mindestmaß zurückgefahren werden, um die Schule arbeitsfähig zu halten.“

Nur im Zusammenspiel von formalem, non-formalem und informellem Lernen kann ganzheitliche Bildung gesichert werden!

Alle Bildungs- und Lernorte müssen miteinander verzahnt werden, so dass die verschiedenen Institutionen und Akteure der Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen kooperieren und dass Kommunen eine Steuerungsverantwortung bei der Entwicklung von Bildungs- und Erziehungslandschaften übernehmen. Vor diesem Hintergrund fordern die Kommission des 12. Kinder- und Jugendberichtes wie auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge die praktische Ausgestaltung von Bildungsprozessen durch die Verknüpfung von unterschiedlichen Bildungs- und Lernorten im kommunalen Raum (Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunaler Bildungs- und Erziehungslandschaften, 13. Juni 2007). Die Empfehlungen gehen weit über die Forderung einer verstärkten Zusammenarbeit mit Schulen hinaus, beziehen also alle an der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen beteiligten Institutionen – vor allem auch die Jugendhilfe – mit ein. Es wird damit ein ganzheitliches Bildungsverständnis zugrunde gelegt, ausgehend von der Auffassung, dass die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft wesentlich durch eine „umfassende Bildung“ junger Menschen gesichert wird.²

² <http://www.kommunale-bildungslandschaften.de/index.php?content=startseite>

Selbständige Organisation - Zentralisation – Dezentralisation – Schulqualität

Der Paritätische Brandenburg sieht die Notwendigkeit zur Ausarbeitung eines Konzeptes, um die anstehenden Fragen zur Neuordnung von zentraler oder dezentraler Schulaufsicht und -verwaltung mit allen Akteuren des Bildungssystems zukunftsfähig sicherzustellen. Wenn alle Schulen – gleich welcher Trägerschaft - den gleichen Bildungsstandards verpflichtet sind, muss es auch freien Schulen möglich sein, an Schulvisitationen teilzunehmen und stellt die Anforderung an eine unabhängige Schulaufsicht. Eine unabhängige Schulaufsicht muss eine qualitätsfördernde Beratungs- und Dienstleistungsfunktion für alle Schulen darstellen und wahrnehmen!

Es ist daher für uns nicht allein mit der Ankündigung abgegolten, dass die Landesregierung die Auflösung der Schulämter in eine zentrale Schulverwaltung in Betracht zieht. Vielmehr müssen Aufgaben und Verantwortung im Sinne der kommunalen Bildungslandschaften und einer standardisierten Schulqualität klar definiert und unter Berücksichtigung der verschiedenen Schulträgerformen neu etabliert werden. Die Schulen brauchen für ihre selbständige Arbeit eine unabhängige Beurteilung und Beratung. Die zügige Umsetzung der Dezentralisierung und Aufhebung der Schulbezirke ist gleichfalls zu berücksichtigen, denn nur so können Elternwünsche und optimale Bildungsverläufe von Kindern sichergestellt werden und sichert gleichzeitig die freie Zugänglichkeit aller Schulen nach Bedarf und Nachfrage von Kindern und Eltern.

Der Paritätische Brandenburg fordert die Landesregierung im Rahmen der Volksinitiative auf:

- die Durchführung eines Bildungsgipfels in 2012 als Ausgangspunkt für kontinuierliche Beratungen und im Sinne einer Initialzündung zur Erarbeitung eines Konzeptes für ein zukunftsfähiges Brandenburgisches Bildungssystem mit allen Akteuren des Bildungswesens.
- Sicherstellung der Chancengleichheit für jedes Kind – Umsteuerung zu einer Bildungspolitik und Bildungsphilosophie, die vom Kind aus gedacht ist.
- Sukzessive Stärkung der lokalen Bildungsverantwortung
- Erarbeitung eines Stufenplans zur Sicherstellung der finanziellen Gleichstellung von freien und staatlichen Schulen.